



Herrn Innenminister
Joachim Herrmann
Bayerisches Staatsministerium des Innern,
für Bau und Verkehr
Odeonsplatz 3
80539 München

Datum: 09.06.2015

Konsequentes Vorgehen gegen Neonazi-Strukturen in München

Sehr geehrter Herr Staatsminister Herrmann,

leider zeigt die rechtsextreme Szene derzeit durch diverse Provokationen und Aktivitäten vermehrt Präsenz in der Landeshauptstadt. Zu nennen sind dabei unter anderem die Aktivitäten der "Partei" DIE RECHTE, Kreisverband München, die ja nicht nur in München verstärkt aktiv ist.

Aus Sicht der Landeshauptstadt wäre es deshalb besonders wichtig, diesem Treiben so früh und aktiv wie möglich geschlossen entgegenzutreten und dabei alle Mittel des Rechtsstaates konsequent auszuschöpfen. Die Struktur der "Partei" DIE RECHTE findet sich derzeit noch im Aufbau und ist noch nicht so gefestigt wie beispielsweise die der NPD. Hier sollte man nach dem Grundsatz "Wehret den Anfängen" verfahren.

Nachdem in letzter Zeit ein Verbot dieser Neonaziorganisation in anderen Bundesländern diskutiert wurde, möchte ich Sie bitten, dieses Thema auch in Bayern auf die Tagesordnung zu heben.

Als Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München bitte ich Sie deshalb um eine konsequente Überprüfung und Sammlung der zu DIE RECHTE zur Verfügung stehenden Informationen (sowohl offline als auch insbesondere online). Auf der Grundlage einer solchen Gesamtschau, könnte auch eine Prüfung eines Verbots von DIE RECHTE erfolgen – unabhängig davon, ob die DIE RECHTE nun als Verein oder als Partei eingestuft wird. Dass derzeit ein Verbotverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die NPD läuft, sollte dabei keinen Einfluss haben auf ein möglicherweise weiteres Verbotverfahren.

Zudem könnte im Rahmen einer solchen rechtlichen Prüfung untersucht werden, ob bei DIE RECHTE tatsächlich die Voraussetzungen für das Vorliegen einer Partei nach § 2 des Parteiengesetzes (PartG) gegeben sind, ob sie also eine Vereinigung ist, die für längere Zeit für den Bereich des Bundes oder eines Landes auf die politische Willensbildung Einfluss nehmen und an der Vertretung des Volkes im Deutschen Bundestag oder einem Landtag mitwirken will. Für DIE RECHTE in NRW wurde im Rahmen eines Alternativgutachtens zur Einschätzung des Innenministeriums von NRW beispielsweise darauf hingewiesen, dass es der Gruppierung „DIE RECHTE“ nur darum geht, ungestört weiter agieren zu können wie die verbotenen rechtsextremen Kameradschaften, aus denen sie entstanden ist, vor allem der "Nationale Widerstand Dortmund" (NWDO) und die "Kameradschaft Hamm". Eine solche – juristisch fundierte Erkenntnis – hätte natürlich auch Konsequenzen für den weiteren Umgang mit der Gruppierung in Bayern.

Ich bin sicher, dass Sie ebenso wie ich der Meinung sind, dass dem hasserfüllten Treiben von DIE RECHTE soweit wie möglich Einhalt geboten werden muss. Dies sind wir unserer wehrhaften Demokratie und allen Opfern neonazistischer Täter schuldig.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Dieter Reiter